



Beihilfe - Tarifverhandlungen - Kreisverbände

Sehr geehrte Kolleginnen,
sehr geehrte Kollegen,

die Bertelsmann Stiftung stellte zum Jahresbeginn eine Studie zur Krankenversicherungspflicht der Beamten vor, die zu einer Verunsicherung der Beamten und Versorgungsempfängern führte. Peinlich genau achteten die Autoren darauf, den Begriff der Bürgerversicherung zu vermeiden. Aber die Durchsetzung ihres vorgeschlagenen Modells ist nichts anderes als die Beerdigung des dualen Krankenversicherungssystems in Deutschland, der Wegbereiter der Einheitskasse und die Abschaffung der Beihilfe.

Der dbb Bundesvorsitzende, Klaus Dauderstädt, hat die in der Studie geforderte Abschaffung der Beihilfe für Beamte entschieden zurückgewiesen. „Ich kann nur allen dringend raten, den Beipackzettel einer solchen Reform gründlich zu lesen und auf die vielen Risiken und Nebenwirkungen zu achten. Die Beihilfe gehört neben der Besoldung und Versorgung zum Gesamtpaket der Alimentation von Beamten durch ihren Dienstherrn. Die Studie kann die Abschaffung der Beihilfe nicht seriös rechtfertigen“.

Die der Studie zu Grunde liegende Prognose über eine Kostensteigerung bei der Beihilfe um 83 % sei schwer nachzuvollziehen, der Prognosezeitraum von 14 Jahren sei willkürlich gewählt. Zudem werde suggeriert, dass die Behandlungskosten für Beamte fast gedrittelt werden könnten, wenn nicht nach der Gebührenordnung für Privatversicherte abgerechnet würde. Weiterhin unterstellt die Studie für die gesetzlichen Krankenversicherungen jährlich Beitragsmehreinnahmen von 15 Milliarden Euro. Sie verschweigt aber, dass die Hälfte davon von den öffentlichen Dienstherrn bezahlt werden müsste. Neben den unrealistischen Spekulationen über die Anzahl der Beamten, die in die gesetzliche Krankenkasse überwechseln, ignoriert die Studie die beamten- und verfassungsrechtlichen Hindernisse und ersetzt seriöse Voraussagen durch Spekulation und Wunschdenken.

Begrüßt wurde die Studie durch den SPD-Fraktionsvize im Deutschen Bundestag, Karl Lauterbach, der eine Überleitung der Beamten in eine Bürgerversicherung in das SPD-Wahlprogramm aufnehmen will. Dieser Vorschlag könne neben einer gerechten Rente und gerechter Bildung eines der zentralen positiven Vorhaben für Rot-Rot-Grün sein, so Lauterbach zu der Presse. SPD, Linke und Grüne setzen sich in den verschiedensten Varianten für die Abschaffung der Privaten Krankenversicherung ein und streben eine sogenannte Bürgerversicherung für jedermann an.

Selbst wenn die große Koalition fortgesetzt werden sollte, werde die SPD auf den Wegfall der Beamten-Beihilfe pochen, so Karl Lauterbach. Er rechne fest damit, dass der Vorschlag der Bertelsmann Stiftung bald umgesetzt werde.

Prof. Ulrich Montgomery, der Präsident der Bundesärztekammer, erklärte, eine Einheitsversicherung, die mit der Einführung eines einheitlichen Abrechnungssystems einherge-

hen würde, biete keine Antwort auf die drängende Zukunftsfrage, wie das Gesundheitswesen angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft dauerhaft finanziert werden kann. Die vorgelegte Studie hilft mit ihren spekulativen Annahmen in keiner Weise weiter.

Bei der Einkommensrunde für die Angestellten der Länder hat der Deutsche Beamtenbund die Beschäftigten zu Warnstreiks aufgerufen, nachdem auch die zweite Verhandlungsrunde am 30. 01. 2017 ohne Fortschritte beendet wurde. Nach Auffassung des dbb Beauftragten waren die Arbeitgeber bisher nicht bereit, Zugeständnisse zu machen bzw. ein Angebot vorzulegen. Die Forderungen der Gewerkschaften von 6 % mehr wurden für unverhältnismäßig erklärt. Deshalb sei bis zu den nächsten Verhandlungen am 15. Februar mit Warnstreiks zu rechnen. Nach Auffassung des dbb sind spürbare Einkommenszuwächse für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dringend erforderlich. Allein im Jahr 2016 sind die Steuereinnahmen der Länder um 7 Milliarden Euro gestiegen. Es ist also genug Geld vorhanden, um den berechtigten Forderungen der Angestellten im öffentlichen Dienst entgegenzukommen. Eine angemessene Bezahlung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch im ureigenen Interesse der öffentlichen Arbeitgeber. Der nachlassenden Konkurrenzfähigkeit der Länder auf einem hart umkämpften Arbeitsmarkt muss man entgegenwirken, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu sichern. Das bisher übliche Argument „es ist kein Geld da“ funktioniert in diesem Jahr nicht mehr, so der DBB-Verhandlungsführer Willi Russ.

Von den Tarifverhandlungen sind in den Ländern mehr als drei Millionen Beschäftigte betroffen; so eine Million Tarifbeschäftigte in den Ländern, sowie 2.2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in den Ländern und Kommunen, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Die rheinland-pfälzische Landesregierung, die rot-gelb-grüne Regierungskoalition sowie die Oppositionsfraktion der CDU haben sich auf die Fahnen geschrieben, das Ergebnis der Tarifverhandlungen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenbezahlung und -versorgung im Landes- und Kommunaldienst zu übertragen.

Die veröffentlichten Jahresprogramme von Kreisverbänden haben eine größere Resonanz hervorgerufen. Deshalb werden alle uns übersandten Jahresprogramme der Kreisverbände in den Mitgliederinformationen veröffentlicht. Sie sollen eine Anregung für die Kolleginnen und Kollegen sein, die mit der Planung oder Durchführung von Veranstaltungen beschäftigt sind. Es ist natürlich auch gewünscht, diese Jahresprogramm auf der Homepage des Kreisverbandes zu veröffentlichen. Auf der anderen Seite soll es zeigen, dass es Kreisverbände gibt, die noch sehr aktiv sind.

Im Namen der Landesleitung möchte ich mich deshalb bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die für die Veranstaltungen in den Kreisverbänden bemüht sind.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr



Landesvorsitzender